ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

# Kurz kommentiert: Bundesanstalt für Arbeit - Soziale Sicherung - Mikroelektronik - Duales System - ČSFR

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1993) : Kurz kommentiert: Bundesanstalt für Arbeit - Soziale Sicherung - Mikroelektronik - Duales System - ČSFR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136959

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

### Bundesanstalt für Arbeit

## Gravierende Haushaltsprobleme

Mit der 10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die am 1. 1. 1993 in Kraft trat, wird die angestrebte Konsolidierung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit unter Wegfall des Bundeszuschusses nicht erreicht. Zu den nach wie vor hohen Ausgaben in Ostdeutschland kommt nun noch ein neuer Mittelbedarf aufgrund konjunkturell steigender Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland hinzu. Nach der jüngsten HWWA-Prognose ist hier 1993 mit 2,15 Mill. Arbeitslosen zu rechnen, nach 1,81 Mill. 1992. Das Defizit der Bundesanstalt dürfte damit erheblich höher als zunächst geplant ausfallen, und es wird ein Bundeszuschuß von wahrscheinlich über 10 Mrd. DM benötigt.

Ein Ausweg aus der Finanzklemme ist, nachdem mit der Konsolidierung allzu lange gewartet wurde, nun schwer zu finden. Eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige, wie sie von Gewerkschaftsseite zur Erhöhung der Einnahmen immer wieder gefordert wird, würde nicht reichen und wäre wahrscheinlich auch verfassungswidrig. Eine Kürzung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, wie sie von Regierungsseite zur Beseitigung von Wildwuchs auf der Ausgabenseite vorgeschlagen wurde, stößt auf erhebliche soziale Bedenken und würde politisch kaum durchsetzbar sein.

Was übrig bleibt und auch sinnvoll erscheint, ist zunächst ein Abwarten, wie sich die Ausgaben in den ersten Monaten dieses Jahres entwickeln. Wenn sich die Finanzlücke erwartungsgemäß beträchtlich vergrößert, wird man wohl – ähnlich wie schon während der letzten Rezession Anfang der achtziger Jahre – um weitere, dann schmerzhafte Einschnitte in die kostspieligen Instrumente der sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik wie ABM- und Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nicht herumkommen. Eine Rezession ist natürlich auch dafür nicht gerade der geeignete Zeitpunkt. sp

### Soziale Sicherung

## Sparvorschläge im Sozialbereich

Ende Dezember hat der Bundesfinanzminister den Ländern seine Sparvorschläge im Rahmen der Beratungen über das föderale Konsolidierungskonzept vorgelegt. Besonders die dabei vorgesehenen Kürzungen der Sozialhilfe um 3% und der Arbeitslosenunterstützung um 3 Prozentpunkte haben bei SPD, Gewerkschaften und Christlich-Demokratischer Arbeitnehmerschaft scharfe Proteste ausgelöst. Die SPD erklärte, der angestrebte Solidarpakt zur Finanzierung der Einheitslasten sei damit praktisch gescheitert.

Bundeskanzler Kohl rechtfertigt die vorgeschlagenen Kürzungen der Sozialhilfe und der Arbeitslosenunterstützung damit, daß deren Empfänger häufig keinen ausreichenden Anreiz mehr hätten, sich einen Arbeitsplatz zu suchen. Tatsächlich sind Arbeiter und Angestellte bislang relativ stärker zur Finanzierung der öffentlichen Transfers nach Ostdeutschland herangezogen worden als Nichterwerbstätige. Von daher läßt sich die Vermutung, daß die Leistungsanreize gesunken sind, nicht ganz von der Hand weisen. Allerdings wäre von den pauschalen Kürzungen auch die große Mehrheit derjenigen betroffen, die trotz Bemühungen keinen Arbeitsplatz findet.

Daß die Bundesregierung hier dennoch die Sozialleistungen pauschal kürzen will, anstatt speziellere Vorschläge zum Umbau des Systems der sozialen Sicherung in Richtung auf größere Leistungsanreize zu machen, zeigt daher eher ihre Wertvorstellungen über die Einkommensverteilung in unserer Gesellschaft als ein Bemühen um soziale Ordnungspolitik. Angesichts der unterschiedlichen Heranziehung der verschiedenen Einkommensgruppen bei der Finanzierung der Einheit bleibt zu hoffen, daß die Gespräche mit den Ländern zu differenzierteren Lösungen bei den Sozialleistungen führen und insgesamt eine gleichmäßigere Belastung der Bevölkerung erreicht wird. al

### Mikroelektronik

## Subventionen für Chips?

Wenn sie sich einer übermächtigen ausländischen Konkurrenz gegenübersehen, sind Unternehmen, die sich ansonsten stets gegen jeden staatlichen Eingriff in die Wirtschaft vehement zur Wehr setzen, sehr schnell mit dem Ruf nach staatlicher Industriepolitik bei der Hand. Dies gilt insbesondere auch in solchen Branchen, die als Schlüsselbereiche für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung gelten.

So wird in einem Memorandum, das von einem Arbeitskreis erarbeitet wurde, an dem die großen Halbleiterunternehmen IBM Deutschland und Siemens, die größten Nutzer dieser Technologie, Daimler Benz und Bosch, sowie Beamte des Wirtschafts- und des Forschungsministeriums beteiligt waren, die Schaffung eines industriepolitischen Gremiums gefordert, das Maßnahmen für die Herstellung und Nutzung der Mikroelektronik erarbeiten und empfehlen soll. Gleichzeitig wird die

Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Herstellung und Nutzung von Chips sowie die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen am internationalen Halbleitermarkt gefordert. Für den Fall, daß letzteres nicht gelingt, wird ein Ausgleich – sprich Subventionen – gefordert.

Nun ist nichts dagegen einzuwenden, wenn für einen wichtigen Industriebereich günstige Standortbedingungen geschaffen werden. Auch die Förderung der Grundlagenforschung – wegen ihrer externen Effekte weithin als staatliche Aufgabe unumstritten – und die Zusammenarbeit von staatlichen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft erscheint sinnvoll. Dagegen ist generell zu bezweifeln, ob eine nationale Industriepolitik geeignet ist, die bestehenden Wettbewerbsvorteile der amerikanischen und japanischen Konkurrenz zu beseitigen. Außerdem sollten potente Großunternehmen bedenken, daß in einer Zeit, in der wegen der steigenden Haushaltsdefizite allenthalben die Notwendigkeit der Begrenzung der Staatsausgaben und des Abbaus von Subventionen betont wird, die Forderung nach Subventionen absolut nicht in die politische Landschaft paßt. wei

### Duales System

## Fehler außerhalb des Systems

Mit Beginn des Jahres 1993 trat die dritte und letzte Stufe der Verpackungsverordnung in Kraft. Zu der angedrohten Rücknahmepflicht des Handels für Verkaufsverpackungen wird es jedoch nicht kommen. Der Handel baute unter dem Druck der Verordnung das Duale System auf, das die Einhaltung festgeschriebener Verwertungsquoten sicherstellen soll. Diesen Weg hatte der Gesetzgeber ausdrücklich als Alternative zur Rücknahmepflicht vorgesehen.

Kritiker der Verordnung argumentierten nun, daß das Duale System der Zielsetzung des Abfallgesetzes, „Vermeiden vor Verwerten vor Entsorgen", zuwiderlaufen würde. Der Grüne Punkt auf Verpackungsmaterialien, die in diesem System erfaßt werden, führe zu einer Erhöhung der Abfallmenge, da die Verbraucher nun mit gutem „grünen" Gewissen Einwegverpackungen vorzögen. Diese Argumentation übersieht aber, daß die Hersteller für alle Einwegverpackungen, die den Grünen Punkt tragen, Lizenzgebühren entrichten müssen. Von diesen Gebühren – die sinnvollerweise in Zukunft materialspezifisch gestaffelt werden sollen – gehen kosten- bzw. preiswirksame Knappheitssignale für Hersteller und Verbraucher aus. Über eine Änderung der relativen Verpackungspreise ergeben sich somit Anreize für Verbraucher und Hersteller, stärker als bisher wiederverwendbare Materialien und Pfandsysteme nachzufragen.

Der Fehler in der Abfallpolitik liegt nicht im Dualen System selbst, sondern darin, daß die Preise nicht die tatsächlichen Umweltknappheiten widerspiegeln werden. Der Umweltpolitik gelingt es offensichtlich noch nicht, die richtigen Knappheiten außerhalb des Systems (z.B. Deponiegebühren) zu setzen, die dann durch das Duale System an Hersteller und Verbraucher weitergegeben würden. Hier liegen die Hausaufgaben der künftigen Abfallpolitik. kb

### ČSFR

## Preis der Auflösung

Nach mehr als 74 Jahren löste sich Ende des vergangenen Jahres fast geräuschlos der gemeinsame Staat der Tschechen und Slowaken auf. Quasi über Nacht nahmen die internationale Staatengemeinschaft und ihre politischen und ökonomischen Organisationen die Tschechische Republik und die Slowakische Republik als neue Mitglieder auf.

Die Erwartung, daß die sanfte, aus nationalistischen Beweggründen vollzogene Teilung der ČSFR ohne Probleme für die beiden Nachfolgestaaten bliebe und insbesondere auch keine negativen Wirkungen für den Fortgang der Systemtransformation hätte, könnte sich als Trugschluß erweisen. Schon bald wird sich zeigen, daß die ökonomisch stärkere Tschechische Republik mit ihrer differenzierten und relativ gut entwickelten Wirtschaft aus der Teilung als Gewinner hervorgeht. Die Tschechische Republik ist nun nicht mehr direkt verantwortlich für den strukturschwachen Osten der ehemaligen ČSFR. Dies dürfte bei internationalen Organisationen, Banken und ausländischen Investoren die Bonität der Tschechischen Republik noch aufwerten. Wenn die Tschechische Republik unter den neuen Bedingungen die marktwirtschaftliche Umgestaltung mit der gleichen Konsequenz wie bisher vorantreibt, ist bald eine Führungsposition unter den ost- und mitteleuropäischen Reformländern wahrscheinlich.

Für die ökonomisch schwächere Slowakische Republik beinhaltet die Teilung gravierende Probleme. Aufgrund der insgesamt ungünstigen Standortbedingungen droht der Osten der ehemaligen ČSFR zum Armenhaus zu werden. Die marktwirtschaftliche Umgestaltung wird schon bald ins Wanken geraten. Stabilisierende Wirkungen, die die slowakische Wirtschaft so dringend braucht, sind weder von den mit Prag unterzeichneten Wirtschaftsverträgen noch von der Einbindung an das kürzlich in Krakau unterzeichnete Freihandelsabkommen (CEFTA) zu erwarten. Die Slowakei wird für die aus politischen Gründen betriebene Trennung schon sehr bald einen hohen ökonomischen Preis zahlen müssen. ap